

**Schriften zum Bürgerlichen Recht**

---

**Band 539**

# **Wucherähnliche Verbraucherdarlehens- und Arbeitsverträge**

**Analyse zweier Anwendungsfelder des  
§ 138 Abs. 1 BGB unter besonderer Berücksichtigung  
vertragsspezifischer Schutzbedürftigkeit**

**Von**

**Andreas Lutz**



**Duncker & Humblot · Berlin**

ANDREAS LUTZ

## Wucherähnliche Verbraucherdarlehens- und Arbeitsverträge

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 539

# Wucherähnliche Verbraucherdarlehens- und Arbeitsverträge

Analyse zweier Anwendungsfelder des  
§ 138 Abs. 1 BGB unter besonderer Berücksichtigung  
vertragsspezifischer Schutzbedürftigkeit

Von

Andreas Lutz



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz hat diese Arbeit  
im Jahre 2021 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0720-7387  
ISBN 978-3-428-18419-4 (Print)  
ISBN 978-3-428-58419-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Geleitwort

Herr Andreas Lutz trat als externer Doktorand mit der Idee zum vorliegenden Thema an mich heran. Berufsbegleitend hat er die Schrift in erstaunlich kurzer Zeit erstellt – ein Umstand, der als solcher professionellen Respekt abnötigt.

Das Sachanliegen des Verfassers bestand von Beginn an darin, die stark kasuistisch geprägte Lehre vom Lohnwucher durch systematischen Vergleich mit der Lehre vom wucherähnlichen Rechtsgeschäft (§ 138 Abs. 1 BGB) auf konsistente und teleologisch begründete Prinzipien zurückzuführen, was im Ergebnis auch auf hohem Niveau gelingt. Schmunzeln machte den Betreuer jedoch, dass dem Autor dabei – aus Leidenschaft an der Sache – das Mittel zum Zweck geriet. Die Lehre vom wucherähnlichen Rechtsgeschäft, also die Entwicklung von den Preisedikten des *Diokletian* bis hin zum modernen Verständnis des § 138 Abs. 1 BGB, ist vielfach und fundiert erörtert worden. Umso mehr überrascht, dass es Lutz durch akribische und durchdringende Recherche gelingt, eigene überraschende Akzente zu setzen und dabei aufregende Beobachtungen zu machen.

Demgegenüber setzt der arbeitsrechtliche Teil einen erfrischend praxisnahen Schwerpunkt. Andreas Lutz stellt die Lehre vom Lohnwucher in den zeitgenössischen Kontext der Mindestlohnregelungen, aber auch der nachlassenden Bemühungen des Gesetzgebers, die Entgeltstrukturen in der Bundesrepublik statistisch zu fassen. Daraus resultiert ein breites Spektrum an Fragestellungen, das von Sonderkonstellationen wie § 26 BORA bis hin zu der Einsicht reicht, dass eine auf der Grundlage des § 138 Abs. 1 BGB flächendeckend eintretende Nichtigkeitssanktion den Preisbildungsmechanismus auf den Märkten gefährden kann.

Dem Autor danke ich an dieser Stelle für die anregende Zusammenarbeit und wünsche der Arbeit den verdienten Erfolg!

Mainz, im Mai 2021

*Prof. Dr. Jürgen Oechsler*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/2021 vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis Anfang Dezember 2020 berücksichtigt, in Einzelfällen auch darüber hinaus. Das Rigorosum fand am 11. März 2021 statt.

Herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Jürgen Oechsler. Er hat meine Promotion von wertvollen Ratschlägen bei der Konzeption der Arbeit bis zur raschen Anfertigung des Erstgutachtens mit größtem Engagement betreut. Den stets anregenden und kurzweiligen akademischen Austausch mit ihm habe ich sehr geschätzt. Herrn Professor Dr. Curt W. Hergenröder schulde ich Dank für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Bei Laura Lassak und Dr. Frank Schneider bedanke ich mich sehr für die kritische Durchsicht des Manuskripts und die darüber hinausgehende Unterstützung.

Mein Bruder, Dr. Tobias Lutz, hat meine juristische Laufbahn von der Studienwahl bis zur Promotion gefördert und geprägt. Dafür und für vieles mehr bin ich ihm tief verbunden. Das Promotionsvorhaben wurde maßgeblich von meinem Vater, Günter Lutz, angeregt und mit großem Interesse begleitet. Ich bin ihm auch dafür dankbar, dass er die Drucklegung der Arbeit großzügig finanziell unterstützt hat.

Meine Freundin, Jennifer Wolff, hat mehr zum Gelingen der Promotion beigetragen, als hier ausgedrückt werden kann. Besonders danken möchte ich ihr für den emotionalen Rückhalt und das Korrekturlesen des Manuskripts.

In dankbarer Erinnerung widme ich diese Arbeit meiner viel zu früh verstorbenen Mutter, Helga Lutz.

Frankfurt am Main, im Juni 2021

*Andreas Lutz*





# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Einführung und Grundlagen</b>	15
A. Gegenstand und Gang der Untersuchung	15
B. Historische Einführung	17
I. Das kanonische Wucherverbot	17
1. Kodifizierung des Wucherverbots	18
2. Begründung des Wucherverbots	19
3. Konflikt mit dem weltlichen Recht und Umgehung des Verbots	25
4. Zusammenfassung	28
II. Die <i>laesio enormis</i>	29
1. Die <i>laesio enormis</i> im römischen Recht	29
a) C.4.44.2 und C.4.44.8	30
b) Auslegung der Konstitutionen	32
c) Motive für die Einführung der <i>laesio enormis</i>	33
d) Praktische und theoretische Wirksamkeit	34
2. Exkurs: Römische Zinshöchstsätze und <i>laesio enormissima</i>	35
3. Zusammenfassung	36
III. Zusammenfassung	36
C. Grundlagen zu § 138 Abs. 1 BGB	37
I. Funktion des § 138 BGB	37
1. Äquivalenzstörungen aus Sicht des historischen Gesetzgebers	38
2. Allgemeine Funktion des § 138 Abs. 1 BGB	39
II. Die guten Sitten	42
1. Anstandsformel	42
2. (Keine) Berücksichtigung außerrechtlicher Wertungen	43
III. Verhältnis des § 138 Abs. 1 BGB zu Abs. 2	45
IV. Zusammenfassung	46
<b>§ 2 Wucherähnliche Verbraucherdarlehensverträge</b>	48
A. Rechtsprechungsentwicklung	50
I. Bemessungsgrundlagen	50
1. Beurteilungszeitpunkt und Marktvergleich	50
2. Der Vertragszins	51

3. Der Marktzins .....	52
II. Das auffällige Missverhältnis .....	54
1. Grundregel: 100 Prozent relative oder 12 Prozentpunkte absolute Überschreitung .....	54
2. Modifikationen bei Vorliegen besonderer Situationen .....	57
3. Zusammenfassung .....	59
III. Weitere objektive Umstände .....	59
1. Beurteilungsgrundlage .....	60
2. Die Leitentscheidung des BGH .....	60
3. Sonstige belastende Vertragsbedingungen .....	62
4. Gewichtung der sonstigen Vertragsbedingungen .....	63
IV. Das subjektive Element und seine Vermutung .....	64
1. Erfordernis und Inhalt eines subjektiven Elements .....	64
2. Widerlegliche Vermutung des subjektiven Elements .....	67
3. Zwischenergebnis .....	69
4. Wandel der Rechts- und Sozialmoral .....	70
V. Rechtsfolgen bei Nichtigkeit des Darlehensvertrages .....	71
1. Herausgabeanspruch des Darlehensgebers hinsichtlich der Valuta .....	71
2. Kein Anspruch des Darlehensgebers auf Zinsen oder sonstigen Nutzungsersatz .....	75
3. Bereicherungsrechtliche Ansprüche des Darlehensnehmers sowie Verjährung .....	76
VI. Zusammenfassung .....	77
B. Rezeption in der Literatur .....	78
I. Erforderlichkeit eines subjektiven Elements .....	79
1. Die Kritik an der Rechtsprechung .....	79
2. Stellungnahme .....	82
II. Berücksichtigung der Schutzbedürftigkeit des Verbraucher-Darlehensnehmers .....	83
1. Die Richtigkeitsgewähr des Vertrages .....	84
2. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Ungleichgewichtslagen .....	85
3. Die Schutzbedürftigkeit des Verbraucher-Darlehensnehmers .....	86
a) Das Verbraucherschutzargument .....	86
aa) Gründe für eine besondere Schutzbedürftigkeit von Verbrauchern .....	86
bb) Rollenmodell versus vertragsspezifische Schutzbedürftigkeit .....	89
cc) Stellungnahme .....	90
b) Vertragsspezifische Gefahren des Verbraucherdarlehens .....	91
aa) Wirtschaftliche Faktoren .....	92
bb) Psychologische Faktoren .....	95
cc) Zusammenfassung .....	96
III. Tatbestandsdefinition wucherähnlicher Verbraucherdarlehensverträge .....	97
1. Das auffällige Missverhältnis .....	97
2. Die vertragsspezifische Schutzbedürftigkeit des Darlehensnehmers .....	98

3. Die Kausalität .....	100
4. Die Kenntnis oder leichtfertige Unkenntnis .....	101
5. Formulierungsvorschlag zur Tatbestandsdefinition .....	104
IV. Zinsfreiheit des wucherähnlichen Darlehens? .....	106
1. Telos des § 817 S. 2 BGB .....	107
a) Strafe .....	107
b) Generalprävention .....	108
c) Rechtsschutzverweigerung .....	110
d) Stellungnahme .....	111
2. Zinsfreiheit des Darlehens? .....	113
a) Meinungsstand .....	113
b) Stellungnahme .....	116
3. Zusammenfassung .....	118
V. Zusammenfassung .....	118
C. Zusammenfassung .....	118
<b>§ 3 Wucherähnliche Arbeitsverträge .....</b>	<b>121</b>
A. Rechtsprechungsentwicklung .....	121
I. Bemessungsgrundlagen .....	123
1. Der Beurteilungszeitpunkt .....	123
2. Der vereinbarte Lohn .....	125
3. Der Marktlohn .....	127
a) Erste Fallgruppe: Übliche Vergütung entspricht dem Tariflohn .....	127
aa) Bestimmung des Marktlohnes .....	127
bb) Verfassungsmäßigkeit der Orientierung an Tarifverträgen .....	130
b) Zweite Fallgruppe: Übliche Vergütung wird nicht durch Tarifvertrag definiert .....	132
c) Zusammenfassung .....	136
II. Das auffällige Missverhältnis .....	137
III. Weitere objektive Umstände .....	139
1. Allgemeines .....	139
2. Die absolute Höhe der vereinbarten Vergütung .....	141
3. Angestellte Rechtsanwälte .....	144
4. An Privatschulen angestellte Lehrkräfte .....	146
5. Zusammenfassung .....	147
6. Exkurs: Angemessene Vergütung Auszubildender gemäß § 17 BBiG .....	148
IV. Das subjektive Element und seine Vermutung .....	154
1. Inhalt des subjektiven Elements .....	155

2. Vermutung der verwerflichen Gesinnung .....	156
a) Ansatz des BAG .....	156
b) Berücksichtigung der Störung der Vertragsparität? .....	159
c) Exkurs: Sittenwidrigkeit tarifvertraglicher Vergütungsregelungen .....	162
V. Rechtsfolgen wucherähnlicher Entgeltabreden in Arbeitsverträgen .....	166
VI. Zusammenfassung .....	167
 B. Rezeption in der Literatur .....	169
I. Verhältnis zum Mindestlohngesetz .....	170
1. Ausgangspunkte des Mindestlohngesetzes und der Sittenwidrigkeitskontrolle .....	170
2. Rechtsfolge einer Unterschreitung des Mindestlohnes .....	172
3. Verhältnis des Mindestlohngesetzes zur Sittenwidrigkeitskontrolle .....	174
4. Zusammenfassung .....	176
II. Beurteilungszeitpunkt der Sittenwidrigkeitskontrolle .....	176
1. Beurteilungszeitpunkt .....	177
a) Überwiegende Auffassung: Streitgegenständlicher Zeitraum .....	177
b) Gegenansicht: Zeitpunkt des Vertragsschlusses .....	178
c) Stellungnahme unter Berücksichtigung von Vertragsänderungen .....	179
2. Anpassungsmöglichkeiten bei Vergütungsabreden .....	181
a) Ergänzende Vertragsauslegung .....	181
b) § 313 BGB: Störung der Geschäftsgrundlage .....	182
c) § 826 BGB: Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung .....	183
d) § 242 BGB i. V. m. § 612 Abs. 2 BGB analog: Treuwidrigkeit .....	184
e) Stellungnahme: Enge Auslegung der Treuwidrigkeit gemäß § 242 BGB ...	185
aa) Das Problem der automatischen Lohnanpassung .....	185
bb) Lösung über eine Obliegenheit des Arbeitnehmers zur Forderung einer Anpassung .....	186
III. Tatbestandsdefinition wucherähnlicher Arbeitsverträge .....	189
1. Das auffällige Missverhältnis .....	189
a) Keine Kompetenzüberschreitung durch festen Grenzwert .....	189
b) Auffälliges Missverhältnis bei weniger als zwei Dritteln der üblichen Vergütung .....	190
c) Bestimmung der üblichen Vergütung .....	192
aa) Prägung des Marktwertes der Arbeitsleistung durch einen Tarifvertrag .....	192
(1) Anforderungen an die Üblichkeit des Tariflohnes .....	192
(2) Darlegungs- und Beweislast hinsichtlich der Üblichkeit des Tariflohnes .....	194
(3) Praktische Umsetzung der Darlegung unter Berücksichtigung der Datenlage .....	194
(4) Übliche Vergütung höher als Tariflohn .....	200
(5) Zusammenfassung .....	201

bb) Bestimmung des Marktlohnes ohne Tarifvertrag .....	202
(1) Einführung .....	202
(2) Datenlage .....	203
(a) Beispielhaft: Nordrhein-Westfalen .....	204
(b) Andere Bundesländer .....	205
(c) Weitere Erhebungen .....	207
(d) Ausblick: Änderung des Verdienststatistikgesetzes .....	208
(e) Interaktiver Gehaltsvergleich des Statistischen Bundesamtes ...	210
(f) Zusammenfassung .....	212
(3) Bestimmung der Anforderungen an die Vortragslast des klagenden Arbeitnehmers unter Berücksichtigung von § 287 Abs. 2, 1 ZPO ..	213
(4) Vorgehen bei der Darlegung der üblichen Vergütung im Einzelfall	216
(a) Primär: Verwendung hinreichend präziser Landesstatistiken ...	216
(b) Derzeit keine Berücksichtigung des Interaktiven Gehaltsver- gleiches .....	218
(c) Sekundär: Berechnung des Marktlohnes anhand der Bundessta- tistik .....	220
(aa) Berechnungsweise .....	221
(bb) Rechenbeispiel .....	222
(cc) Zugrundeliegende Prämissen der Berechnung und Schätzab- schläge .....	222
(dd) Einschränkungen der Anwendbarkeit des Modells .....	223
(ee) <i>De lege ferenda</i> : Anpassung des Verdienststatistikgesetzes	224
(5) Zusammenfassung .....	225
d) Zusammenfassung .....	226
2. Berücksichtigung der Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers .....	226
a) Vertragsspezifische Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers .....	227
aa) Existenzielle Abhängigkeit von Erwerbseinkommen .....	227
bb) Besonderheiten des Anbietens von Arbeitskraft .....	228
cc) Weitere Gründe .....	229
b) Feststellung und Berücksichtigung der vertragsspezifischen Schutzbedürf- tigkeit des Arbeitnehmers .....	230
3. Die Kausalität .....	231
4. Das subjektive Element und seine Vermutung .....	231
a) Das subjektive Element .....	231
b) Vermutung des subjektiven Elements .....	232
aa) Literatur .....	232
bb) Stellungnahme .....	233
(1) Vermutung bei üblichem Tariflohn .....	233
(2) Vermutung ohne üblichen Tariflohn .....	235
(3) Zusammenfassung .....	236

5. Formulierungsvorschlag zur Tatbestandsdefinition .....	236
6. Verbleibende Schutzlücken der Äquivalenzkontrolle bei Arbeitsverträgen ....	237
IV. Rechtsfolgen der Wucherähnlichkeit von Arbeitsverträgen .....	239
1. § 612 Abs. 2 BGB statt §§ 812 ff. BGB .....	239
2. § 612 Abs. 2 BGB: Anpassung auf übliche Vergütung .....	241
3. Schadensersatz .....	242
4. Keine Anwendbarkeit tarifvertraglicher Ausschlussfristen .....	242
5. Zusammenfassung .....	243
V. Zusammenfassung .....	243
C. Zusammenfassung .....	245
<b>§ 4 Vergleichende und zusammenfassende Thesen .....</b>	<b>247</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>255</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>276</b>

# § 1 Einführung und Grundlagen

## A. Gegenstand und Gang der Untersuchung

Die freie Vereinbarung von Leistung und Gegenleistung zwischen den Parteien eines Austauschvertrages ist Ausdruck des innersten Kerns privatautonomer rechtsgeschäftlicher Gestaltungsfreiheit.<sup>1</sup> Als einzige Norm der Privatrechtsordnung<sup>2</sup> unterwirft § 138 BGB die Freiheit zur Bestimmung des Äquivalenzverhältnisses der gegenseitigen Hauptleistungspflichten rechtlichen Grenzen.<sup>3</sup>

Die Wuchervorschrift des § 138 Abs. 2 BGB erklärt Rechtsgeschäfte für nichtig, bei denen Leistung und Gegenleistung in einem auffälligen Missverhältnis zueinander stehen und der Übervorteilende eine der dort abschließend aufgezählten Schwächesituationen des anderen Teils ausgebeutet hat.<sup>4</sup>

Insbesondere die Voraussetzung der Ausbeutung lässt sich nur selten beweisen, weshalb die praktische Relevanz der Norm gering ist.<sup>5</sup> In Anerkennung dieses Umstands behelft sich bereits das Reichsgericht damit, den Rechtsgedanken der Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts aufgrund einer groben Äquivalenzstörung – neben weiteren Voraussetzungen – auf den allgemeinen Sittenwidrigkeitstatbestand des § 138 Abs. 1 BGB zu übertragen.<sup>6</sup> In der Folge bildete sich dort die Fallgruppe des wucherähnlichen Rechtsgeschäfts heraus.

Ausgangspunkt dieser Rechtsprechungsentwicklung war das Darlehensrecht. Bereits historisch sah man unter dem Schlagwort des „Zinswuchers“ im Falle von Äquivalenzstörungen vor allem bei Krediten an ärmere Bevölkerungsschichten Schutzbedarf für den Darlehensnehmer.<sup>7,8</sup> Dem trug später das Reichsgericht

---

<sup>1</sup> *M. Wolf*, Entscheidungsfreiheit, S. 20; *Lorenz*, Schutz, S. 15; *Tamm*, Verbraucherschutzrecht, S. 166. Siehe auch unten § 1 C.I. 2.

<sup>2</sup> Die strafrechtliche Wuchervorschrift des § 291 StGB bleibt im Folgenden außer Betracht. Zu den strafrechtlichen Aspekten des Lohnwuchers siehe *Metz*, in: NZA 2011, 782 (784 f.). Zur Sonderregel für Auszubildende in § 17 Berufsbildungsgesetz siehe unten § 3 A. III. 6.

<sup>3</sup> *Preis*, Grundfragen, S. 177.

<sup>4</sup> § 138 Abs. 2 BGB nennt als in Betracht kommende Schwächesituationen die Zwangslage, die Unerfahrenheit, den Mangel an Urteilsvermögen und die erhebliche Willensschwäche des Übervorteilten.

<sup>5</sup> Siehe unten § 1 C. III.

<sup>6</sup> Siehe unten § 2 A. IV. 1.

<sup>7</sup> Im Sinne eines besseren Leseflusses beschränkt sich der Verfasser auf die ausdrückliche Nennung der männlichen Form, möchte damit aber alle Geschlechter ansprechen.

<sup>8</sup> Siehe unten § 1 B. I. 2.



Rechnung, indem es die Eingriffsschwelle des Wuchers nach § 138 Abs. 2 BGB im Rahmen der Sittenwidrigkeitsprüfung gemäß § 138 Abs. 1 BGB erheblich absenkte.<sup>9</sup>

Die vorliegende Bearbeitung analysiert unter Einschluss der historischen Bezüge die dogmatische Grundsteinlegung der Fallgruppe des wucherähnlichen Rechtsgeschäfts anhand von Darlehensverträgen durch das Reichsgericht und den Bundesgerichtshof sowie die Übertragung dieser Ansätze auf wucherähnliche Arbeitsverträge durch das Bundesarbeitsgericht. Dort gab die Rechtsprechung dem Tatbestand der Wucherähnlichkeit erst erheblich später Kontur<sup>10</sup>, der dann durch die erforderlich gewordene Abgrenzung zu dem am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Mindestlohngesetz nochmals an Aktualität gewonnen hat<sup>11</sup>.

Ziel der Untersuchung ist nicht, eine allgemeine und auf alle Arten von Austauschverträgen anwendbare Dogmatik des wucherähnlichen Rechtsgeschäfts zu entwerfen. Auch wenn sich manche Aussagen – etwa zu Erforderlichkeit und Inhalt eines subjektiven Tatbestandselements<sup>12</sup> – generalisieren lassen, geht es primär um eine Analyse der Anwendung der Rechtsfigur auf Verbraucherdarlehens- und Arbeitsverträge, die sich an den spezifischen Besonderheiten gerade dieser beiden Vertragsarten orientiert. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bei wucherähnlichen Verbraucherdarlehens- und Arbeitsverträgen nach hier vertretener Auffassung der jeweils vertragsspezifischen Schutzbedürftigkeit des Verbraucher-Darlehensnehmers beziehungsweise des Arbeitnehmers neben dem auffälligen Missverhältnis maßgebliche Bedeutung zukommt.<sup>13</sup>

Die Arbeit möchte einen Beitrag dazu leisten, aus der notwendigerweise unbestimmten Generalklausel des § 138 Abs. 1 BGB für Verbraucherdarlehens- und Arbeitsverträge, die auffällige Äquivalenzstörungen aufweisen, subsumtionsfähige Tatbestandsdefinitionen zur Ausformung des Sittenwidrigkeitsbegriffs zu entwickeln.

Dabei nimmt die Bearbeitung folgenden Gang: In Kapitel § 1 erfolgt eine historische Einführung anhand des kanonischen Wucherverbots und der römisch-rechtlichen *laesio enormis* sowie eine Darstellung der Grundlagen zu § 138 BGB. Daran schließt eine Erörterung der Entwicklung der Rechtsfigur des wucherähnlichen Rechtsgeschäfts bei Verbraucherdarlehensverträgen an, die sich an der Rechtsprechung zu den einzelnen Voraussetzungen und den Rechtsfolgen sowie dem Diskussionsstand in der Literatur orientiert (Kapitel § 2). Unter Beibehaltung dieser Struktur untersucht Kapitel § 3, das den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit

---

<sup>9</sup> Siehe unten § 2 A.IV.1.

<sup>10</sup> Siehe unten § 3 A. Mayer-Maly, in: FS Larenz, S. 395 (397), weist jedoch darauf hin, dass die Grundsätze der *laesio enormis* bereits im Jahr 1677 auf den Lohnvertrag übertragen wurden.

<sup>11</sup> Siehe unten § 3 B.I.

<sup>12</sup> Siehe unten § 2 B.I.; § 3 B.III.4.

<sup>13</sup> Siehe unten § 2 B.II.; § 3 B.III.2.

darstellt, wucherähnliche Arbeitsverträge. Das Kapitel § 4 schließt die Bearbeitung mit vergleichenden und zusammenfassenden Thesen ab.

## B. Historische Einführung

Eine dogmatische Analyse des geltenden Rechts kann nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie dessen historische Grundlagen in die Betrachtung mit einbezieht.<sup>14</sup> Daher erfolgt zunächst eine Einführung in zwei Themengebiete, die für das Verständnis von vertraglichen Äquivalenzstörungen und folglich von wucherähnlichen Rechtsgeschäften hilfreich sind: Das kanonische Wucherverbot und die römische *laesio enormis* stellen zwei nahezu gegensätzliche Herangehensweisen an das Problem der Vertragsgerechtigkeit dar. Als Gegenpole sollen sie das Feld abstecken, in dem sich die Diskussion um Austauschgerechtigkeit bei wucherähnlichen Rechtsgeschäften im Rahmen dieser Bearbeitung bewegen wird. Angesichts der schiereren Menge an Literatur<sup>15</sup> und der Schwerpunktsetzung dieser Arbeit in der Dogmatik des geltenden Rechts kann hier jedoch nur eine knappe Darstellung erfolgen, die die groben Linien der für den Untersuchungsgegenstand relevanten Entwicklungen skizziert.

### I. Das kanonische Wucherverbot

Das absolute Wucherverbot stellte einen Grundpfeiler der kanonischen Lehre dar.<sup>16</sup> Es bestimmte maßgeblich die Frage, inwieweit der wirtschaftliche Einsatz von Geld rechtlich zulässig war.<sup>17</sup> Dabei erfolgte eine Gleichsetzung von Wucher mit dem Zinsnehmen überhaupt.<sup>18</sup> Daher wurde unter Wucher „jede Forderung über die Darlehenssumme hinaus (*ultra sortem*)“<sup>19</sup> verstanden.<sup>20</sup> Das Verständnis des Wuchers war dabei stark subjektiv geprägt. Die bloße Gewinnerzielungsabsicht erfüllte

---

<sup>14</sup> Mayer-Maly, in: FS Larenz, S. 395 (398).

<sup>15</sup> Illustrativ Kundert, in: FG Coing, S. 147 (149 ff.) mit einem Überblick über die zahlreichen allein an der Basler juristischen Fakultät erschienenen Dissertationen zur römisch-rechtlichen *laesio enormis* im Zeitraum von 1576 bis 1700.

<sup>16</sup> Endemann, in: JBNSt 1 (1863), 26 (30).

<sup>17</sup> Wittreck, Geld, S. 111.

<sup>18</sup> Oechsler, Vertragliche Schuldverhältnisse, Rn. 603; Kloft, in: Heil/Wacker (Hrsg.), Shylock? Zinsverbot und Geldverleih in jüdischer und christlicher Tradition, S. 21; Funk, Geschichte des kirchlichen Zinsverbotes, S. 6. Differenzierend aber Le Goff, Wucherzins und Höllenqualen, S. 20. Zur Etymologie des Wucherbegriffs Neumann, Geschichte des Wuchers in Deutschland, S. 54 ff.

<sup>19</sup> Wittreck, Geld, S. 449.

<sup>20</sup> Vgl. auch Oechsler, Vertragliche Schuldverhältnisse, Rn. 603.